Nummer 9 — Hannover, 3. März 1923 — 32. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis monatlich durch die Post bezogen 200 ℳ Eingetragen in die Postzeitungsliste, Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs-Anzeigen 600 Mk.; Zahlstellen-Anzeigen 100 Mk. für die 3 gespalt. Petitzeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Postscheckkonto: Nr. 358 15, Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prell, Hannover. Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Haben die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Unfallverhütungsvorschriften in Preußen noch Gültigkeit?

I.

Der Vorstand der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft ist wiederholt, zuletzt in Gemeinschaft mit den Vertretern der rund 300 000 in den Betrieben der Berufsgenossenschaft beschäftigten Arbeiter beim preußischen Handelsminister beschwerdeführend dahin vorstellig geworden, die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten anzuhalten, sowohl bei Betriebsrevisionen als auch bei Abgabe amtlich erstatteter Gutachten die gesetzlich zu Recht bestehenden, zum Schutze der Arbeiter erlassenen Unfallverhütungsvorschriften zu beachten.

In den Eingaben sind eine ganze Zahl von Fällen genau benannt worden, aus denen sich nicht nur ergibt, daß einer Abschwächung der Arbeiterschutzbestimmungen ohne zwingenden Grund das Wort geredet worden ist, sondern es sind auch Belege darüber erbracht worden, daß von preußischen Gewerberäten Betriebsunternehmer zur Nichteinhaltung wichtiger Arbeiterschutzvorschriften ermuntert worden sind!!

Dabei wurde auch unter anderem mehr mitgeteilt, daß dem Arbeiterschutz nicht damit gedient sein kann, wenn z. B. von einem Gewerberat bei Untersuchung eines tödlichen Leiterunfalles an das zuständige Polizeiamt ausgeführt wird:

„Die Leiter ist jetzt mit Haken versehen. Der Verletzte hätte sich selbst überzeugen müssen, ob die Leiter auch festgebunden war!"

Jedem Laien wird klar, daß bei solcher Denkweise und Bearbeitung von Unfällen, wie sie hier seitens eines staatlichen Aufsichtsbeamten Ausdruck gefunden hat, der Arbeiterschutz notwendigerweise zu kurz kommen muß!

Auf die wiederholten Eingaben ist aber eine Antwort nicht erteilt worden! Es scheint, als ob sich die in Frage kommende Stelle nicht sonderlich mit den zur Erörterung stehenden Vorkommnissen beschäftigt hätte, sonst wäre es nicht möglich, daß sich immer von neuem ähnlich liegende Fälle ereignen können. Die Folgen eines solchen Verhaltens sind unverkennbar. Es fehlt nur noch, daß ganz offiziell die Arbeiter an ihrer Arbeitsstätte für vogelfrei erklärt werden, dann erhält wenigstens der jetzt bestehende Zustand die gesetzliche Sanktion!

Vor einiger Zeit ist eine Arbeiterin in einer Konservenfabrik schwer verletzt worden. Ihre Haare wurden beim Aufheben von Arbeitsgut, das auf den Fußboden gefallen war, von einer unter dem Maschinentisch laufenden ungeschützten Welle erfaßt. Trotzdem die Arbeiterin buchstäblich skalpiert worden war und die Berufsgenossenschaft den Standpunkt vertrat, daß die Schuld an dem Unfall den Betriebsunternehmer treffe, da er die Welle verbotswidrig unverschalt belassen hatte, war das Gericht im Hinblick auf das Verhalten des zuständigen Gewerberates der Ansicht, daß der Tisch genügenden Schutz biete und die Arbeiterin die alleinige Schuld trage, da sie sich unter dem Tisch zu schaffen gemacht habe!!

Am 12. September 1921 erlitt ein jugendlicher Arbeiter in einer Schokoladenfabrik durch Sturz in eine offene, mit heißem Kondenzwasser gefüllte Grube einen tödlichen Unfall. Die Berufsgenossenschaft gelangte auch hier nach Prüfung des Sachverhalts zu der Auffassung, daß die Firma an dem Unfalle schuldig sei, und teilte dieser die Gründe hierfür mit. Darauf wurde der Berufsgenossenschaft folgende Antwort zuteil:

„. . . . Unsere Schuldlosigkeit ist bewiesen durch Untersuchung des hiesigen Gewerberates . . . . . ."

Wie aber der Gewerberat zur Abgabe dieses Gutachtens hat gelangen können, bleibt im Hinblick auf die nachfolgend wiedergegebenen Protokollerklärungen des tödlich Verunglückten und eines anderen Arbeiters, denen die vorschriftswidrige Beschaffenheit der Anlage zu entnehmen ist, unverständlich.

„Der eine dieser beiden Behälter, und zwar der kleinere, hat eine Öffnung von 60 Zentimeter im Quadrat, diese ist nie bedeckt. Ich habe auch nie einen Deckel für diese Öffnung gesehen. Aus dem Loch holen wir das benötigte heiße Wasser. Die andere, größere Öffnung trägt einen Deckel, doch schließt dieser so schlecht, daß man beim Überschreiten Gefahr läuft, hinein zu fallen . . . . ."

So weit der später Verstorbene. Ein anderer Arbeiter erklärt zu Protokoll:

„Als ich hinzueilte, fand ich ihn mit dem linken Bein bis zur Leiste, mit dem rechten Bein bis zur Mitte des Unterschenkels in einem mit kochendem Wasser gefüllten Kondenstopf hängend vor . . ."

Am 13. November 1922 hat die zweite Zivilkammer des Landgerichts Altona ein Urteil gefällt, das in keiner Weise dem notwendigen Arbeiterschutz gerecht wird.

Sollte die in dem Urteil zum Ausdruck gelangte Ansicht der Richter, die sich in erster Linie auf das Gutachten des zuständigen Gewerberates stützt, Allgemeingut der preußischen Gerichte werden, dann kann man getrost sagen: Fahre wohl, Arbeiterschutz, die Vorschriften sind niemand zu Nutz, auf dem Papier mögen sie stehen, die Unfälle können weiter geschehen!! Dabei handelt es sich um folgenden Vorgang:

Einem Arbeiter wird in den mangelhaft gesicherten Zahnrädern eines großen Schokoladenwalzwerks der linke Arm zermalmt. Auf Anfrage erklärt die in Frage kommende Firma:

„An der mit einem Pfeil bezeichneten Stelle griff Schm. aus eigenem Antrieb durch die Holzumkleidung und verletzte sich dabei. Wir bemerken noch, daß Schm. Kriegsteilnehmer und sehr nervös ist . . . ."

Der zuständige Gewerberat untersucht den Unfall und teilt der Berufsgenossenschaft mit, daß nach Lage der Sache keine besonderen Maßnahmen getroffen worden seien, da von ihm angenommen werde, daß eigenes Verschulden des Verletzten vorliege!!!

Von dem auf seinen Dienst vereidigten technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft wurde aber an Ort und Stelle festgestellt, daß sich der Unfall erst dadurch ermöglicht hatte, daß die in Frage stehenden Zahnräder keinen Schutz des gefährlichen Eingriffes aufwiesen! Die Zahnräder waren lediglich mit einem mangelhaften Holzverschlag umwehrt worden. Eine derartige Zahnradverkleidung verstößt selbstverständlich gegen den § 111 der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft, der lautet:

„Alle Zahnräder, Kettengetriebe und dergleichen, auch solche an Kraftmaschinen, Transmissionen, Hebezeugen usw. sind derart zu schützen, daß der Eingriff dauernd und völlig verdeckt ist."

Aber eine solche Holzumwehrung, die noch dazu den gerade gefährlichen Zahnrädereingriff frei läßt, widerspricht auch ganz allgemein den anerkannten Regeln des Zahnradschutzes.

Wirtschaftsschule Berlin.

Der erste Lehrgang der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung Berlin (Mai 1922 bis Februar 1923) ist nun zu Ende. Es ist wohl angebracht, am Schluß desselben kurz Rückschau zu halten über das Gebotene, vor allem aber den für die Arbeiterschaft notwendigen Schluß daraus zu ziehen. Die Schule ist neben der in Düsseldorf die erste Einrichtung dieser Art, wo die Arbeiterschaft — abgesehen von ihren eigenen Bildungseinrichtungen — Gelegenheit hat, einen Kreis von Menschen in die Gesetze der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Arbeit einzuführen. Voraussetzung für das Gelingen dieses Planes ist ein Leiter, der theoretisch geschult, praktisch gebildet und pädagogisch befähigt ist, sowie auch eine geistig regsame Hörerschaft, die ernstlich bestrebt ist, Geist und Blick zu schärfen für die Zukunftsarbeit. Im ersten Fall sind nach einmütigem Urteil alle Erwartungen erfüllt, im zweiten sind die Ansichten geteilt; ein Urteil will ich hier nicht fällen.

Der Unterricht selbst geschieht in Form der Arbeitsgemeinschaft. Referate der Dozenten und Hörer wechseln ab und bilden den Gegenstand eingehender Diskussion. In schriftlichen Arbeiten konzentriert sich das jeweils behandelte Gebiet. Volkswirtschaft als Hauptgebiet des Lehrplanes nimmt im praktischen Teil (Valuta, Handel und Markt, Statistik), und auch im theoretischen Teil (Geld- und Werttheorien, Wirtschaftsformen und Sozialisierungsfragen) den breitesten Raum ein. Im Mittelpunkt des Arbeitsrechts steht das Betriebsrätegesetz in Verbindung mit den übrigen Gesetzen und Verordnungen, alles das, was jeder Funktionär und Betriebsrat braucht, um das kümmerliche Recht der Arbeit zu sichern. Soziale Politik und Verwaltung gibt einen Einblick in die Sozialgesetzgebung. Nebenher gehen noch Kurse und Vorträge über Wirtschaftsgeographie, Verfassung, Gewerkschaften, Buchführung u. a., ferner Führungen durch Berliner Anlagen und Fabriken. Im Oktober unternahm die Schule mit ihrem Leiter eine achttägige Studienreise nach dem rheinischen Industrie- und dem Ruhrgebiet. Durch Besichtigungen von Bergwerken, Fabriken und anderen industriellen Anlagen unter sachkundiger Führung wurde der Einblick in das Wirtschaftsleben und in die Produktion vertieft. Unvergeßlich sind allen Teilnehmern die gewaltigen Stätten rastloser menschlicher Arbeit.

Im allgemeinen war die Zusammenarbeit der Dozenten mit den Hörern gut. Das Bestreben, möglichst objektiv zu sein, sei anerkannt, von einzelnen Ausnahmen abgesehen. Nicht jeder kann aus seiner Haut heraus. Gewiß, jeder, der es ernst meint mit seinem Willen, mitzuhelfen am Aufstieg der Arbeiterschaft, kennt auch die Schwächen und F[illegible], welche den Aufstieg hemmen. Dies darf kein Grund sein zur Gleichgültigkeit, Enttäuschung und kritiklosen Hinnahme, ebenso sind alle Schiefheiten und Unrichtigkeiten, die gewöhnlich das Resultat dieser Betrachtungen sind, rücksichtslos zu bekämpfen, damit der Weg der Klärung beschritten wird. Klarheit ist heute notwendiger denn je. Ungeheuer schwierig scheinen die Aufgaben der Arbeiterklasse, riesengroß die Verantwortung für ihr Handeln, jeder muß sein Ganzes einsetzen, alles Resignieren muß überwunden werden. Dann können auch diese Schulen ein Weg mit sein.

Entgegengetreten werden muß der Auffassung, daß diese Schulen dazu dienen sollen, „Führer" für die Arbeiterschaft heranzubilden. Das ist meiner Ansicht nach falsch. Führer werden nicht ausgebildet, sie entstehen von selbst. Keiner, der diese Schulen hinter sich hat, darf sich als berufener Führer fühlen; dazu gehört mehr, rastlose Arbeit, Erkenntnis, Erfahrung und vor allem das enge Verbundensein mit unseren Arbeitsbrüdern in den Betrieben. Unsere Aufgabe muß sein, allen Funktionären und darüber hinaus der ganzen Arbeiterschaft diese Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Nur eine im Denken und Handeln geschulte Arbeiterklasse kann ihre Ziele durchsetzen.

Fritz Loeber (Leipzig).

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Kaliindustrie im Jahre 1922.

II.

Die Konzentrationsbestrebungen haben im letzten Jahre weiterhin Fortschritte gemacht. Wir haben in der Nr. 8 des „Proletariers" vom 25. Februar 1922 schon darauf hingewiesen, daß Wintershall mit der Gründung der Kaliindustrie A.-G. mit einem Stammkapital von 150 Millionen Mark (welches inzwischen auf 1 050 000 000 Mk. erhöht ist) den Anlaß dazu gegeben hat. Bei diesem Kampf handelt es sich hauptsächlich um die Vorherrschaft zwischen Wintershall und den deutschen Kaliwerken im Syndikat. Wintershall hat, abgesehen von den sieben stillgelegten Werken, von welchen die Quoten auf andere Werke übernommen sind, noch 21 in Betrieb befindliche Schachtanlagen mit 9 Fabriken und einer Beteiligungsziffer von 139,86 Tausendstel. Die Deutschen Kaliwerke haben 31 Schachtanlagen mit 10 Fabriken und einer Beteiligungsziffer von 147,62 Tausendstel. Zwischen beiden Konzernen war der Kampf um „Glückauf Sondershausen" entbrannt, welcher eine Beteiligungsziffer von 55,50 Tausendstel hat. Aus dem Wettlauf um die Kurenmehrheit von „Glückauf Sondershausen" ist schließlich Wintershall als Siegerin hervorgegangen, um dann noch durch forcierte Käufe die Deutschen Kaliwerke selbst mit unter ihren Einfluß zu bringen. Kurz darauf stellte es sich auch heraus, daß es wiederum Wintershall war, die hinter den auffallenden Käufen in Ronnenberg-Aktien stand. Diese Vorgänge erregten damals weit über die Kreise der Kaliindustrie hinaus großes Aufsehen und stellten alles in den Schatten, was sich sonst noch auf dem Wege der Konzentration ereignete. Zu gleicher Zeit hat sich aber auch der inzwischen verstorbene Bankier Herzfeld auf diesem Gebiet außerordentlich lebhaft beteiligt. Nachdem er sich den nötigen Einfluß bei den Vereinigten chemischen Fabriken A.-G. zu Leopoldshall gesichert hatte, brachte er auch den größten Teil der Aktien von Aschersleben und Salzdetfurth in seinen Besitz. Gleichzeitig erwarb er die Aktienmehrheit von Westeregeln, die ihrerseits wiederum die Kurenmehrheit von Hansa-Silberberg erworben hatte. Es ist ihm dann auch gelungen, diese Werke unter Führung von Salzdetfurth zu einem neuen Großkonzern zusammenzuschließen, dem sich Siegmundshall in letzter Zeit noch angeschlossen hat. Es stehen sich jetzt in der Kaliindustrie zwei Großkonzerne gegenüber. Der Konzern Salzdetfurth umfaßt Salzdetfurth, Aschersleben, Westeregeln, Vereinigte chemische Fabriken A.-G. zu Leopoldshall — also eine Verbindung von Ablagerungsgebieten mit verschiedenen Salzen, chemischen Fabriken, Braunkohlengruben und Banken — und daneben die Wintershallgruppe mit den Deutschen Kaliwerken A.-G. und der Gewerkschaft

Glückauf Sondershausen. Ein Ende der ganzen Bewegung ist noch nicht abzusehen, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Vertrustung in vertikaler Richtung vor sich gehen wird.

Wir als Arbeitnehmer können und wollen die Entwicklung nicht aufhalten. Wenn wir auch zugeben, daß durch diese Fusionen das Risiko verteilt, die Be- und Vertriebskosten bis zu einem gewissen Teil verbilligt werden, so läuft das ganze Motiv doch nur darauf hinaus, erstens einmal die Umsatzsteuer zu sparen und dann — und das ist die Hauptsache — vor allen Dingen den Profit zu sichern; denn die Rentabilität von Aktien und Kuxen ist dem Besitzer immer mehr wert, als die Rentabilität der Betriebe.

Immer fester ballt sich das Kapital zu einem Instrument rücksichtsloser Ausbeutung gegen das Volk als Verbraucher und gegen die Arbeiter zusammen. Diese aber lassen sich leider in politische und religiöse Parteien zersplittern, statt dem einigen Kapital die geschlossene einheitliche Macht aller Arbeiter entgegenzustellen.

Die Zukunftsaussichten der deutschen Kaliindustrie sind gesichert in den fast unerschöpflichen Bodenschätzen. Zur Betreibung einer intensiven Wirtschaft sind die Landwirte auf Kali angewiesen. Der Weltverbrauch an reinem Kali, welcher im Jahre 1913 rund 11 Millionen Doppelzentner betrug, hat sich im Berichtsjahre auf rund 16 Millionen Doppelzentner gehoben. Davon liefert Deutschland allein 13 Millionen Doppelzentner im Werte von schätzungsweise 33 Milliarden Mark.

Die Elsässische Kaliindustrie mit 18 Schachtanlagen und 3 Fabriken hat dem deutschen Absatz bisher keinen Abbruch tun können. Wenn vor einigen Jahren diese Konkurrenz noch gefürchtet wurde, dürften nach den bisher gemachten Erfahrungen diese Befürchtungen unbegründet sein. Ähnlich verhält es sich in Spanien. Soweit wir unterrichtet sind, ist es gelungen, dort einen 350 Meter tiefen Schacht niederzubringen. Dieser soll jedoch an einer ungünstigen Stelle — zirka 20 Kilometer von der nächsten Verladestation — stehen, so daß seine Wettbewerbsfähigkeit gar nicht in Frage kommt. Die Versuche der amerikanischen Kaliersatzindustrie, welche ihre Werke durch Einführung eines hohen Einfuhrzolls auf ausländische Kalisalze lebensfähig erhalten wollten, sind fehlgeschlagen. Damit ist der Weg zu neuen Abschlüssen mit den amerikanischen Düngertrusten wieder geebnet.

Da in letzter Zeit auch Polen und Rußland wieder als Abnehmer auf dem Markt erscheinen und das Kalisyndikat eine lebhafte Propaganda für deutsche Kalisalze nicht nur in den Balkanstaaten, sondern auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aufgenommen hat, dürfte für die Zukunft auch weiterhin mit einer normalen Steigerung des Absatzes zu rechnen sein.

Memmutbestrebungen in der chemischen Industrie.

Die Wirkungen des Friedensvertrages machen sich in einer Beengung und Erschwerung des deutschen Wirtschaftslebens fühlbar, unter der die Gehalts- und Lohnempfänger stark zu leiden haben, während Industrie und Landwirtschaft und nicht zuletzt die Banken Kapitalien auf Kapitalien häufen. Der sinkende Markwert raubt den Gehalts- und Lohnempfängern die Existenzmöglichkeit; die Unternehmer jedoch verstehen es, durch Festlegung ihres Vermögens in Sachwerten das Nationalvermögen an sich zu bringen. Bei diesem Wettlauf um das goldene Kalb kommt der Kleinbetrieb zum Erliegen, soweit es sich um Produktionszweige handelt, die auf Großbetrieb eingestellt werden können. Im Wettlauf nach dem größten Profit ringt auch die chemische Großindustrie die kleinen Betriebe ganz systematisch nieder. In der Öffentlichkeit finden diese Vorgänge nicht genügend Beachtung, so daß das deutsche Volk eines Tages vor der Tatsache eines gewaltig zusammengeballten Kapitals steht, das, von den Besitzern rücksichtslos angewendet, wirtschaftliche Rechte und politische Freiheit zu zerschlagen geeignet ist.

Die Arbeiter kämpfen Tag für Tag, um ihren Lohn der Himmelfahrt des Dollars anzupassen. Industrie, Landwirtschaft und Bankkapital verstehen ja aus diesem Steigen des Dollars, wie hinlänglich bekannt, fortgesetzt Nutzen zu ziehen. Die Angestellten und Beamten haben den aufreibenden Kampf um ihre Existenz ebenso ununterbrochen zu führen, die Regierung hat alle Hände voll zu tun, die politischen Verwickelungen, wie sie durch den Friedensvertrag gegeben und durch die Ruhrbesetzung verstärkt sind, zu entwirren. Auch die wirtschaftlichen Nöte der erwerbstätigen Bevölkerung, der Klein- und Sozialrentner nehmen die Regierung unaufhörlich in Anspruch, so daß die Machtverschiebung, wie oben angedeutet, ungestört vor sich gehen kann.

Die große Interessengemeinschaft in der Teerfarbenindustrie, die zugleich auch die Stickstoffdüngerindustrie umfaßt, dürfte als Preisbildner notwendiger Produkte in der Welt einzig dastehen und verfügt über Kapitalien, die, in Deutschland jedenfalls, beachtlich sind. Die Sprengstoffindustrie ist ähnlich zusammengeschlossen. Auf dem Gebiete der Knochen- und sonstigen Tierabfallverwertung und Leimproduktion hat der Scheidemandelkonzern eine Machtfülle erreicht, die jede Konkurrenz zu schlagen vermag. Durch Fusion mit dem Exporthandel hat diese Gesellschaft auch im Auslande eine überragende Stellung gewonnen. Die Rütgerswerke beherrschen nicht nur den deutschen Markt mit imprägniertem Holz und Teerölen, während die Braunkohlenschwelereien mit ihren Teerölerzeugnissen, Paraffin und sonstigen Produkten auch bereits stark zusammengeschlossen sind, heute aber noch in mehrere Gesellschaften zerfallen und auch mit der Mineralölindustrie noch zu konkurrieren haben. Ebenso sind in der Holzdestillation noch mehrere Gesellschaften vorhanden. Alle die aufgeführten Gesellschaften werden über kurz oder lang in engere Interessengemeinschaften treten, wenn sie nicht ganz ineinander aufgehen und damit jede Konkurrenz ausschalten. Erleichtert wird diese Entwickelung durch das Bankkapital, das in seinen verschiedenen Instituten in fast allen diesen Gesellschaften doppelt und dreifach entweder in der Verwaltung oder im Aufsichtsrat vertreten ist.

Wir schrieben vor längerer Zeit im „Proletarier", daß die Deutsche Bank die Deutsche Petroleumaktiengesellschaft in sich aufgenommen habe. Jetzt wird bekannt, daß die Rütgerswerke sich mit der Deutschen Petroleumaktiengesellschaft verschmolzen haben, daß sie ihrer Gesellschaft den Namen geben „Deutsche Petroleum-A.-G. Rütgerswerke" und daß die Aufsichtsräte der beiden Gesellschaften in vollem Umfang zusammengelegt den Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft bilden sollen. Die Rütgerswerke sichern sich durch diese Fusion den Absatzmarkt für ihre Teeröle und glauben, sobald die Verhältnisse sich umgestalten, auch auf den Petroleummarkt einwirken zu können. Ob durch diesen gewaltigen Machtzuwachs der Rütgerswerke, deren Aktienkapital auf 450 Millionen Mark angewachsen ist, soweit Stammaktien allein in Frage kommen, auch eine Änderung der Braunkohlenschwelereien herbeigeführt wird, läßt sich noch nicht absehen. Jedenfalls ist die Machterweiterung der Rütgerswerke durch diesen Zusammenschluß zu beachten, da sich Expansionsbestrebungen bei den Rütgerswerken seit langer Zeit bemerkbar machten.

Die Teerfarbenindustrie bleibt vom Vorgehen der Rütgerswerke nicht unberührt. Da die Rütgerswerke mit ihren Teerdestillationen auch als Lieferanten von Rohstoff für die Teerfarbenindustrie in Frage kommen und die Interessengemeinschaft der Teerfarbenindustrie bemüht ist, sich auf allen Gebieten unabhängig zu machen, dürfen wir wohl die Mitteilung, daß die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Ko. in Leverkusen 30 Millionen Mark Aktienkapital der Firma Bayerische Holzindustrie und Imprägnierwerke, A.-G., in Kitzingen erworben haben, mit diesen Bestrebungen der Interessengemeinschaft in Verbindung bringen. Das ganze Kapital der Interessengemeinschaft der Teerfarbenfabriken wird also hier den Rütgerswerken in einem verhältnismäßig kleinen Betriebe entgegengestellt, so daß erwartet werden darf, daß die Bayerischen Imprägnierwerke in kurzer Zeit bedeutend erweitert werden. Vielleicht trägt diese Erwerbung der Interessengemeinschaftsfirmen dazu bei, daß auch die Deutsche Petroleum-A.-G. Rütgerswerke in einigen Jahren in diesem gewaltigen Konzern aufgehen. Eine solche Entwickelung ist zu erwarten, denn die Interessengemeinschaft hat sich bereits in andere solche Unternehmungen eingefressen. Wir erinnern nur an die Erwerbung von Interessen der Zeche Lothringen, die sich stark mit Teerverwertung befaßt.

Was wir in Deutschland in der Zusammenfassung der verschiedensten Betriebe in der Hand von Hugo Stinnes zu verzeichnen haben, kann auf dem Gebiete der chemischen Industrie in ähnlicher Weise in kurzer Zeit zur Durchführung kommen. Zwar findet die chemische Industrie in Deutschland in der Öffentlichkeit heute noch nicht entfernt die ihr zukommende Beachtung, noch weniger wird ein Vergleich mit der Kohle oder dem Eisen gezogen. Die Bedeutung der chemischen Industrie ist aber nicht gering und wächst von Tag zu Tag. Die Landwirtschaft hängt heute von der chemischen Industrie vollständig ab, die Metallindustrie erhält von der chemischen Industrie Metalle, die von anderen Mineralien chemisch gelöst oder hergestellt worden sind, die Textilindustrie wird mit Kunstspinnfasern versehen und ist auf die Teerfarben angewiesen. Ohne ein Prophet zu sein, darf man aussprechen, daß die chemische Industrie in absehbarer Zeit, abgesehen von der Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln, die Ernährungslage der Bevölkerung beeinflussen wird. Der in der Hauswirtschaft verbrauchte Essig ist heute schon zum übergroßen Teil chemisches Produkt und hat den Gärungsessig zum großen Teil verdrängt. Die Herstellung von künstlichem Nahrungseiweiß dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Herstellung synthetischen Kautschuks unterbleibt nur, weil gegenwärtig der Kautschukmarkt überfüllt ist und darum der natürliche Kautschuk infolge niederen Preises den Markt beherrschen kann.

Wir sehen also überall eine gewaltige Entwickelung der chemischen Industrie und Entwickelungsmöglichkeiten, die nicht nur der fernen Zukunft angehören. Es ist deshalb Aufgabe der gesamten Bevölkerung, die Entwickelung dieser Industrie zu beobachten, damit auch das Volk an diesen Erfolgen der Wissenschaft und Technik seinen Anteil bekommt.

gh.

Papier verarbeitende Industrien

Unfälle.

Elbenstock-Aue. Ein gräßlicher Betriebsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich in der Holzschleiferei von H. Klemm ereignet. Dort wurde der 30jährige Holzschleifer Jugelt ganz verstümmelt tot aufgefunden. Die Schädeldecke war zertrümmert und Arme und Beine gebrochen und zum Teil vom Körper getrennt. Da Augenzeugen des Unfalls nicht vorhanden sind, wird vermutet, daß der Verunglückte durch einen abgeworfenen Treibriemen, bei dem Versuche, ihn in Ruhestellung zu bringen, am Bein erfaßt und an die Hauptbetriebswelle gezogen und herumgeschleudert worden ist. Jugelt war verheiratet und hinterläßt zwei Kinder.

Es wird vermutet . . . Jawohl! Warum? Weil die kleineren Holzschleifereibesitzer während der Nachtschicht nur einen Mann arbeiten lassen, der sämtliche Maschinen zu bedienen hat, obwohl hierzu zwei Mann gebraucht würden. Nachtarbeit erhöht die Unfallgefahr; muß einer für zwei arbeiten, dann wird er durch solche „sparsame" Unternehmer unter Umständen direkt in den Tod getrieben. Ohne Hilfe liegt dann so ein Verunglückter — der Werkführer schläft, der „Herr" auch — im Betriebe und verblutet. Es ist kein Zeuge dabei gewesen. Natürlich trifft niemanden die Schuld! Wir kennen die Schuldigen. Das sind in erster Linie die Arbeitgeber, die aus falscher Sparsamkeit zur Nacht nur einen Mann arbeiten lassen; bedingt schuld sind auch die Arbeiter, die sich ein solches System gefallen lassen.

Industrie der Steine und Erden

Ein Beitrag zu der Frage Steigerung der Produktion.

Das Wort „Produktionssteigerung" ist heute, wie schon viele andere Worte, zu einem Schlagwort geworden. Diesem Schlagwort ging etwas anderes voraus. Man sprach eine Zeitlang von der fehlenden Arbeitsfreudigkeit. Davon wird heute nicht mehr gesprochen. Werksfreude und Arbeitsfreudigkeit haben sich wesentlich gehoben. Das wird von den Arbeitgebern auch zugegeben. Heben sich Werksfreude und Arbeitsfreudigkeit, so ist eine ganz natürliche Folge die Hebung der Arbeitsleistung.

Wenn man in Arbeitgeberkreisen sich heute mit dem Problem der Produktionssteigerung beschäftigt, so denkt man in diesen Kreisen in allererster Linie an eine Verlängerung der Arbeitszeit. Durch eine Verlängerung der Arbeitszeit wird aber eine Steigerung der Produktion nicht erreicht; denn es kommt nicht auf die Länge der Arbeitszeit an, sondern auf die Arbeitsleistung. Das ist auch dem größten Teil der Unternehmer klar. Das neu ins Feld geführte Schlagwort „Produktionssteigerung" dient in allererster Linie dazu, den Achtstundentag zu beseitigen. Würde morgen die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, so würde man übermorgen in Unternehmerkreisen nicht mehr von einer Steigerung der Produktion sprechen. Alles das, was man bezüglich der Frage Steigerung der Produktion ins Feld geführt hat, würde mit einem Schlage verschwunden sein. In Unternehmerkreisen ist man sich auch klar darüber, daß man eine Steigerung der Produktion nicht bis ins Endlose führen kann; denn man muß doch schließlich für die hergestellten Produkte auch Absatzmöglichkeiten haben.

Die Arbeiterschaft wendet sich auf keinen Fall gegen eine Steigerung der Produktion, sie wehrt sich nur dagegen, daß man die Steigerung vornehmen will auf Kosten der Arbeitszeit und der Arbeitskraft und indem man versucht, die menschliche Arbeitskraft rücksichtslos auszubeuten. Nicht der Mensch, sondern die Maschine soll es machen. Nur dort, wo die Maschine versagt und wo man die Maschinentechnik nicht anwenden kann, da hat die menschliche Hand Hilfe zu leisten. Die Wirtschaft stellt der Technik immer neue Probleme, und es ist Aufgabe der Technik, Mittel und Wege zu ersinnen, um die sich in der Wirtschaft neu einstellenden Schwierigkeiten zu beheben. Es ist Aufgabe des Unternehmers, dafür Sorge zu tragen, daß er die von der Technik neu ersonnenen Wege in seinem Betriebe zur Anwendung bringt. Jede technische Verbesserung an Arbeitsmaschinen und sonstigen Werkzeugen hat er zur Anwendung zu bringen, will er seinen Betrieb auf der Höhe halten. Ein Unternehmer, der das nicht tut, der seinen Betrieb technisch verschlämmen läßt, den wird auch eine zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit nicht vor dem Untergang und der Konkurrenz schützen.

Die Wirtschaftlichkeit ist die elementare Vorbedingung für die Produktion. Sparsamster Verbrauch an Rohstoffen ist das höchste Gebot in der heutigen Zeit. Der Verbrauch an Dampf und Elektrizität muß sorgfältigst überwacht werden. Wirtschaftlicher Dampfbetrieb erfordert durchweg eine hohe Dampfspannung. In vielen Betrieben steht es allerdings in dieser Beziehung recht schlecht aus. Wird nicht sparsam gewirtschaftet, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die hergestellten Produkte einen hohen Herstellungspreis erfordern. Schon hier kann stark auf die Preise der Waren eingewirkt werden. Jeder Leerlauf von Arbeitsmaschinen ist zu vermeiden.

In der Ziegelindustrie glauben die Arbeitgeber mit dem Achtstundentag überhaupt nicht auskommen zu können. In Eingaben an die Behörden fordern sie für die Ziegelkampagne 1923 eine erhebliche Verlängerung der Arbeitszeit. In ihren Begründungen sagen sie durchweg, daß die Produktion in der kommenden Kampagne ganz erheblich gesteigert werden müßte, und immer wieder wird von den Unternehmern behauptet, daß die Arbeitsleistung gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich zurückgegangen sei. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß das nicht der Fall ist, sondern daß sich die Arbeitsleistung gehoben hat. Sie ist nur in den Betrieben zurückgegangen, wo die Unternehmer jede technische Verbesserung ihrer Arbeitsmaschinen unterließen. Infolge der fortgesetzten Klagen der Unternehmer bei allen Lohnverhandlungen über den Produktionsrückgang hat der Fabrikarbeiterverband mit Hilfe seiner in der Ziegelindustrie beschäftigten Mitglieder Feststellungen vorgenommen, um endlich einmal den Klagen auf den Grund zu kommen. Hier das einwandfreie Ergebnis, das jeder Unternehmer nachprüfen kann:

Ort (der Name der Firma ist weggelassen)	Im Jahre 1914 wurden mit einer Presse hergestellt:			Im Jahre 1922 wurden mit einer Presse hergestellt:			Gegen 1914 mehr (+) oder weniger (—) in einer Stunde
	pro Tag	die Arbeitszeit betrug Stunden	pro Stunde	pro Tag	die Arbeitszeit betrug Stunden	pro Stunde	
Braunschweig	38 000	10	3 800	33 000	8	4 125	+ 325
Ohrte	23 000	11½	2 000	23 000	10	2 300	+ 300
Dessau	16 700	10	1 670	16 700	8	2 090	+ 420
Tischdeln . .	23 000	9	2 670	22 500	8	2 810	+ 140
Weißwasser .	21 000	10	2 100	15 000	8	1 875	— 225
Zehdenick . .	32 000	10	3 200	32 000	8	4 000	+ 800
Rathedeck . .	27 500	10	2 750	18 000	8	2 250	— 500
Harrislee . .	26 000	11	2 360	22 000	8	2 750	+ 390
Görlitz	9 000	10	900	17 000	8	2 125	+ 1225
Liegnitz . . .	17 000	10	1 700	14 000	8	1 750	+ 50
Kothausen .	8 000	10	800	10 000	8	1 250	+ 450
Wipperfürth .	18 000	10	1 800	14 000	8	1 750	— 50
Hartha	16 300	10	1 630	12 000	8	1 500	— 130
Altigeln . . .	13 000	10	1 300	13 000	8	1 625	+ 325
Niederkriegels	11 000	10	1 100	13 500	8	1 690	+ 590
Zscherlnitz . .	28 000	10	2 800	24 000	8	3 000	+ 200
Kostritz	20 000	10	2 000	20 000	8	2 500	+ 500
Zwickau . . .	21 000	10	2 100	22 000	8	2 750	+ 650

Es ist ganz besonders hervorzuheben, daß die hier in Frage kommenden Betriebe nicht etwa ausgesuchte Betriebe sind, sondern die Betriebe sind ganz wahllos herausgegriffen. Nach dem uns vorliegenden Material kann gesagt werden, daß die Produktion in der Ziegelindustrie im Jahre 1922 weit über die Ergebnisse der Jahre 1919, 1920 und 1921 hinausgeht. Im Jahre 1921 wurden im Reiche annähernd 6 Milliarden Ziegel hergestellt, im Jahre 1922 dagegen 8 bis 10 Milliarden. Mit den hier angegebenen Ziffern ist in der Ziegelindustrie der Stand der Friedensproduktion erreicht. Es liegt also keine Ursache vor, in der Ziegelindustrie die Arbeitszeit zu verlängern. Das für die Ziegelindustrie Gesagte gilt auch für die deutsche Dachziegelindustrie. Auch hier ist im Jahre 1922 der Stand der Friedensproduktion von 1913 erreicht worden.

Eine einwandfreie allgemeine Erhebung über den Stand der Produktion würde jedenfalls auch in vielen anderen Industriezweigen das gleiche Resultat zeitigen. Einer solchen Erhebung werden natürlich die Unternehmer Schwierigkeiten entgegenstellen, weil ihnen dann bewiesen werden könnte, daß sie an einer etwa vorhandenen Minderproduktion selbst ein Teil Schuld tragen durch die schlechte Instandhaltung ihrer Betriebe in technischer Beziehung. W. -dt.

Ein unversöhnlicher Tarifgegner.

In der „Tonindustrie-Zeitung", Jahrgang 47, Nr. 12, bringt ein Dr. Hermann Meißinger unter der Überschrift: „Die Staffelung der Lohntarife" seine Abneigung gegen Tarif- und Arbeitsverträge zum Ausdruck.

Er schreibt, die Revolution habe die Gleichmacherei unter Massendruck durchgeführt, auf daß jedermann, ob hoch oder niedrig, ob gebildet oder ungebildet, ob intelligent oder dumm, sein Recht der Gleichheit am eigenen Leibe verspüre. Wer sich dagegen auflehne, wird wegen Hochverrat am Volke, namentlich des „arbeitenden Volkes", aufgehängt, wobei die große Masse der Ungelernten und Ungebildeten sich stolz als den allein arbeitenden Teil des Volkes betrachtet. So sei es im Staatsleben, im Parlament und auch in der Wirtschaft. Hier habe die Gleichmacherei einen besonderen Namen und heißt Tarifvertrag.

Dr. Meißinger hat bestimmt keine Ahnung von der Arbeiterpsyche, von dem, was sie beseelt, bewegt und in ihrem Handeln leitet. Ohne das Seelenleben des heutigen Proletariats zu kennen, kann man ein sicheres Urteil über Entwicklungstendenzen nicht fällen, daraus erklären sich die Fehlschlüsse und das ungerechte Urteil Dr. Meißingers. Bei seiner geistigen Einstellung ist es nicht verwunderlich, wenn er den Tarifvertrag allgemein, da nicht individuell, als schädlich betrachtet und den noch wenig tariffreundlichen Industrien die Stange hält. Dr. Meißinger kommt dann zu dem Schluß: Da alle Tarifverträge nur ein notwendiges Übel und im Augenblick nicht abzuschaffen sind, muß es das Streben jedes Wirtschaftspolitikers — lies Arbeitgebers — sein, dieses Übel auf das geringste Maß zurückzuführen.

Das Mittel hierzu ist die Staffelung der Lohntarife. Hören wir, was Dr. Meißinger hierzu zu sagen weiß: Da jugendliche Arbeiter an Zahltagen 20-Markscheine unter das erstaunte Volk werfen und unreife Jungen ihre Zigaretten mit 20-Markscheinen als Fidibus anzünden, verdienen die Jugendlichen zuviel. Der Lohn ist also zu hoch und muß abgebaut werden. Alle Arbeitgeberverbände sollten deshalb bemüht sein, die Lohnspannung zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern zu vergrößern.

Leider sind solche Auswüchse, wie Dr. Meißinger sagt, vorhanden. Es werden 20-Markscheine weggeworfen oder zum Anzünden von Zigaretten benutzt. Schon die Tatsache, daß Dr. Meißinger darüber so genau orientiert ist, zeigt, daß die Übeltäter nicht in den Kreisen der jugendlichen Arbeiter, sondern in solchen Kreisen zu suchen sind, in denen Dr. Meißinger heimisch ist. In dieser Auffassung wird man bestärkt, wenn man die von Dr. Meißinger angeführten Zahlen auf ihre Richtigkeit prüft. Nach diesen Zahlen erhält der jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren als Lohn 37 v. H. des Vollarbeiters. Bei einem Lohn von 300 Mk. pro Stunde würde also der 14- bis 16jährige 111 Mk. pro Stunde verdienen. Herr Dr. Meißinger errechnet jedoch — wie, das ist sein Geheimnis — 204 Mk. pro Stunde und will damit beweisen, daß der Jugendliche zuviel verdient. Ein Rechenfehler kann jedem einmal unterlaufen, aber ein solcher von hundert Prozent muß bei der Gegenpartei doch allerlei Gedanken auslösen. Wir erwarten bestimmt, daß Herr Dr. Meißinger diesen bedenklichen Rechenfehler aufklärt.

Wenn Dr. Meißinger des weiteren eine Lohnstaffel aufführt, die mit 30 Prozent für die 14- bis 15jährigen beginnt, und diese angeblich des öfteren mit dem Fabrikarbeiterverbande verhandelt sei, so hat Herr Dr. Meißinger übrigens seiner Berechnung schon einen erheblichen Stoß versetzt. Es geht nicht an, zu sagen, die Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren verdienen so viel, um damit zu beweisen, daß die 14jährigen zu viel verdienen, obwohl für diese Altersklasse eine besondere Lohnstaffel besteht.

Das zweite Mittel, um das Übel des Tarifvertrages einzudämmen, erblickt Dr. Meißinger in der Vergrößerung der Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Die bisherige Spannung ist angeblich viel zu gering, und so fordert Dr. M. auf, trotz steigender Teuerung auf die Vergrößerung der Spanne hinzuarbeiten. Wer die Praxis unserer Unternehmer und ihrer Syndici kennt, der weiß, daß Herr Dr. Meißinger nicht etwa die Löhne der Gelernten erhöhen, sondern die Löhne der Ungelernten herunterdrücken will. Ein Glück, daß Herr Dr. Meißinger nicht mit diktatorischer Gewalt versehen ist.

Um ganze Arbeit zu machen, soll auch die Altersgrenze von 20 Jahren fallen, und wird den Arbeitgebern und dessen Verbänden empfohlen, mit allem Nachdruck auf eine Altersgrenze von 25 Jahren hinzuarbeiten. Nach Rechnung von Dr. M. dürften nach vorsichtiger Schätzung rund 100 Milliarden Lohn jährlich erspart werden. Herr Dr. Meißinger will einen Teil dieser „Lohnersparnis" den Facharbeitern und älteren Arbeitern zugute kommen lassen. „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Diese Operation soll ja auch nichts anderes sein als ein versteckter Lohnabbau. Die geschaffene Rivalität zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern soll dafür die Basis schaffen nach dem Grundsatz: Teile und herrsche. Bei etwas Energie dürfte es dann eine Kleinigkeit sein, die Spannung zwischen den Löhnen der gelernten und der ungelernten Arbeiter ganz erheblich zu vergrößern, ebenfalls die Altersgrenze zu erhöhen. Dann würden die Überstundenzuschläge fallen, ebenso die für Nacht-, Sonntags- und Festtagsarbeit. Weiter würde folgen die Verpflichtung, Überstunden und Akkordarbeit zu leisten, ohne Anspruch auf Mehrverdienst zu haben, und dann die Krone des Ganzen: Weg mit der Festlegung des Achtstundentages. Das ist der folgerichtig weitergesponnene Faden nach den Plänen des Herrn Dr. Meißinger.

Der Herr Doktor meint, es wäre ein Wahnsinn, wenn die älteren Arbeiter ein übertriebenes Zusammengehörigkeitsgefühl mit den jüngeren an den Tag legen. Wer in solch wichtigen Fragen Partei ist, der sollte nicht ein so scheinbar absolut richtiges Urteil abgeben über einen rein aus der Arbeiterpsyche entsprungenen Begriff, nämlich den der Solidarität. Dieses Heiligtum läßt sich die Arbeiterschaft weder abkaufen noch ausreden.

Herr Dr. Meißinger wird auf dem von ihm betretenen Gebiete keine Erfolge haben. Vor einem oder zwei Jahrzehnten hätte er zweifellos der Arbeiterschaft manche Schlappe beibringen können. Heute jedoch sind die von ihm aus der Rumpelkammer des seligen Herrn Stumm hervorgeholten Waffen nicht mehr zeitgemäß. Auch mit den Plattheiten der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" über die Schlemmerei der arbeitenden Jugend soll uns ein ernster Gegner verschonen. Wer den Dingen, um die es sich bei dem großen Ringen der beiden gegenwärtig bedeutendsten Gesellschaftsschichten handelt, gerecht werden will, der muß seine Perspektive weiter einstellen.

Bericht des Gaues 14 über das Jahr 1922.

Wir im besetzten Rheinland haben immer noch die Leiden der Besatzung durch fremdes Militär zu tragen. Im vergangenen Jahre machten sich die Reparationslasten am drückendsten bemerkbar durch die Geldentwertung und die Preissteigerung. Zwar hat die deutsche Industrie teilweise einen flotten Geschäftsgang gehabt und der Arbeitsmarkt war im allgemeinen nicht ungünstig, aber das war nur eine Scheinblüte, und wir haben bereits in der zweiten Hälfte des Jahres merken müssen, daß Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen immer mehr um sich griffen.

Die fortlaufenden Berichte des Arbeits- und Berufsamtes in Düsseldorf sowie des Arbeitsnachweises in Köln geben davon, soweit unser Gaubereich in Frage kommt, ein allzu deutliches Bild. Was für ganz Deutschland im allgemeinen gilt, gilt auch für die von unserer Organisation umfaßten Gebiete und Industrien im Gau 14. Flotter Geschäftsgang in den Industrien, die auf Grund der dauernden Verschlechterung unseres Markkurses mit starken Ausfuhraufträgen versehen waren. Betriebseinschränkungen in den Industrien, insbesondere Kleinbetrieben, die auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind. Das trifft insbesondere für die chemische Industrie zu, die auf der einen Seite in den Großbetrieben aus obengenannten Gründen ihre Arbeiterzahl vermehren konnte, Ueberstunden verfahren ließ, während die Kleinbetriebe, wie z. B. die Lackfabriken sowie die Betriebe der Seifenindustrie, stark eingeschränkt arbeiteten, einzelne ganz stillgelegt wurden.

Im Gegensatz hierzu war die Papier-Industrie infolge starker Ausfuhrlieferungen im allgemeinen gut beschäftigt. Betriebseinschränkungen kamen nicht vor. Die Arbeitgeber dieser Industrie haben es ausgezeichnet verstanden, ihre Preise dem jeweiligen Kursstande des Dollars anzupassen. Bei den Lohnverhandlungen waren sie aber sehr knickerig. Der Beschäftigungsgang in der Industrie der Steine und Erden ist als gut zu bezeichnen. Es fehlte nicht an Kohlen, dagegen war Zementmangel in der Bims-Industrie sowie der Zementwaren- und Kunststein-Industrie während des Zementarbeiterstreiks im Frühjahr zu verzeichnen.

Die Ziegel- und Zementwaren-Industrie im Gaubereich hatte zum Teil gute Auslandslieferungen, dagegen ging die Versandziffer der Bims-Industrie infolge hoher Frachtsätze zurück.

Im letzten Vierteljahr ging jedoch auch in diesen Industrien, zumeist aber in den Seifenbetrieben, die Zahl der Beschäftigten zurück. In solchen Zeitläuften ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen ihrer Mitglieder wirksam zu vertreten, eine außerordentlich schwierige; insbesondere dann, wenn eine Teuerungswelle nach der anderen über uns hinwegflutet und das kaum Erreichte wieder überholt wird. Es ist aber auch niemand in der Lage, die weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen hintanhalten zu können. Darüber helfen uns alle Parolen und Forderungen von linksstehender Seite nicht hinweg. Derartige Leute verstehen es sehr gut, Forderungen aufzustellen, aber mit der Durchführung hat es immer noch gehapert.

Die Haupttätigkeit der Gauleitung bestand in der Erledigung von Lohnbewegungen.

Haben wir da Anfang des Jahres noch monatliche Abschlüsse machen können, so brachte uns das zweite Halbjahr vierzehntägliche mit wöchentlichen Abstufungen. Zwar zeigten die Unternehmer wenig Lust zu kurzen Verträgen, drängten auf Monatsabschlüsse, mit der Begründung, nicht kalkulieren zu können, mußten aber dennoch sich zu kurzfristigen Tarifen herbeilassen oder sich zu Nachzahlungen bequemen.

Das letztere ist in der chemischen Industrie eingeführt und auch in der Papier- und anderen Industrien gehandhabt worden. Im einzelnen verliefen in der Seifen-Industrie, wo wir zwei Bezirkstarife haben, die Lohnabschlüsse schwierig. Der Grund lag im schlechten Geschäftsgang der Betriebe, den wir schon oben erwähnt haben.

In der Papier-Industrie herrscht innerhalb der Arbeiterschaft Unzufriedenheit über die Gruppeneinteilung der Bezirkstarife. Mehrere Sitzungen haben sich damit befaßt, ohne weiterzukommen. Hoffentlich gelingt es im kommenden Jahre.

Der Putsch der Kommunisten im November am Niederrhein griff auch auf die Papier-Industrie im M.-Gladbacher Bezirk über. Es sollte einmal wieder die Weltrevolution eingeleitet werden. Die Geschichte ist zusammengebrochen, wie alle anderen planlosen Experimente. Leider trägt die Arbeiterschaft die Kosten dieser Dummheiten.

Ob sie denn niemals Lehre annehmen wird?

Die Arbeiter der Papier-Verarbeitungs-Industrie leiden nach wie vor unter schlechten Tarifverträgen. Die Reichsabschlüsse der Tapeten- und Wellpappen-Industrie haben noch nie befriedigt.

Die Frage, ob Reichs- oder Bezirkstarife, ist innerhalb der Mitgliedschaft wiederholt diskutiert worden. Die Mitgliedschaft im Westen verspricht sich von Bezirkstarifen besseren Erfolg. Einberufene Reichskonferenzen haben jedoch immer entgegengesetzt beschlossen. Soweit die Industrie der Steine und Erden in Betracht kommt, waren die Abschlüsse in der Bims-Industrie schwierig. Die große Zahl der Kleinbetriebe steht uns dort hindernd im Wege. Die Frachterhöhungen wirkten ungünstig. Wir haben dreimal den Demobilmachungskommissar zur Entscheidung anrufen müssen.

In der feuerfesten Industrie ist nach wie vor das Scharfmachertum maßgebend. Der R. A. V. Steine und Erden wird nur zum Teil anerkannt. Die schärfsten Gegner sitzen im mittelrheinischen Gebiet. Dabei glauben die Herren noch, unserem Verband Vorlesungen über arbeitsgemeinschaftliches Verhalten machen zu müssen. In diesem Tarifgebiet gestalten sich auch die Lohnverhandlungen am schwierigsten. Wegen mangelnden Entgegenkommens kam es dort im April auch zum Streik. Leider war er zur ungünstigen Zeit ausgebrochen und mußte resultatlos zu Ende geführt werden.

In der Ziegel-Industrie haben wir mit den Löhnen der Bauarbeiter Schritt gehalten. Leider hat dort der Achtstundentag noch nicht voll durchgeführt werden können. Die Schuld liegt an den Arbeitern selbst. Im Brüggener Dachziegelgebiet dominierten die Christen. Es ist uns jetzt gelungen, dort Eingang zu finden. In der Zementwaren- und Kunststein-Industrie gingen die Lohnverhandlungen reibungslos vonstatten. Die Tariflöhne wurden fast restlos ausgezahlt. Eine Ausnahme machten hier die Betriebe von Kölk u. Ko. in Issum und die Schleßwerke in Tanten. Ein dreiwöchiger Streik verlief zugunsten der Arbeiter.

Im allgemeinen ist von der Gauleitung versucht worden, unter Ausnutzung aller Verhandlungswege, die Löhne möglichst den Teuerungsverhältnissen anzupassen. Das ist uns nicht restlos gelungen. Die Gründe dafür liegen in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands.

In organisatorischer Beziehung sind in der Berichtszeit im Gau wenig Veränderungen eingetreten. Die Mitgliedschaft hat sich stabilisiert.

Die Schaffung weniger, aber leistungsfähiger Zahlstellen im Gau, mit Angestellten an der Spitze, hat sich auch im Berichtsjahr vorteilhaft bewährt. Leider fehlt es an der notwendigen Mitarbeit der Kollegen aus den Betrieben. Vielleicht wird mancher durch diese Zeilen angeregt, mehr als bisher zu tun.

Im Berichtsjahr sind wir auch nicht verschont geblieben von den Spaltungsbestrebungen der kommunistischen Partei; deren Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften hat leider, wenn auch nur in beschränktem Maße, um sich gegriffen. Trotz ihrer unheilvollen Tätigkeit gelingt es ihnen immer wieder, Ungeschulte in ihren Bannkreis zu ziehen.

Außer Wiesdorf sind unsere Zahlstellen dank dem gesunden Sinn der Mitglieder verschont geblieben. In Wiesdorf war eine Besserung eingetreten, die Wirkungen des Streiks schienen zu verblassen, der Mitgliederbestand hob sich, wenn auch nur langsam. Das paßte den Kommunisten nicht. In systematischer Arbeit, rücksichtslos in der Wahl ihrer Mittel und mit der Ehre ihrer Mitmenschen Schindluder treibend, haben sie es verstanden, die Entwicklung zu einem Besseren in Wiesdorf zu hintertreiben. Leider wurden sie in ihrer Tätigkeit gestützt durch die Passivität der großen Mehrzahl der Mitglieder, die damit nicht einverstanden sind. Diese müssen sich endlich aufraffen, aus ihrer Passivität heraustreten und Front machen gegen Leute, denen die Interessen der Arbeiter gleich sind, die sich durch ein großes Maulheldentum breit machen und noch nichts weiter fertiggebracht haben, als ungeheures Elend über die Arbeiter heraufzubeschwören.

Im Berichtsjahr tagte in Krefeld unsere Gaukonferenz. Die Konferenz unterstrich den Standpunkt des Verbandstages, wonach die Mitgliedschaft verpflichtet ist, einen Stundenlohn als Beitrag zu zahlen. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Desgleichen machte sich die Gaukonferenz den Standpunkt des Verbandstages, betreffend die Industrieverbände zu eigen.

Soweit die Beitragsfrage in Betracht kommt, sind uns in der dauernden Geldentwertung, die mit immer schnelleren Lohnsteigerungen verbunden sind, Schwierigkeiten in den Weg getreten. Unsere Mitgliedschaft vergißt leider, daß sich die Geldentwertung auch in starkem Maße in der Organisation bemerkbar macht. An Aufklärung hat es nicht gefehlt. U. a. hat auch die Gauleitung ein entsprechendes Flugblatt herausgegeben.

Hoffen wir, daß wir den neuen Schwierigkeiten im laufenden Jahre Herr werden. H. Wirth.

Berichte aus den Zahlstellen.

Blankenberg. (Aus dem Jahresbericht.) Unsere Durchschnittslöhne stiegen vom Ende des Jahres 1921 von 7,40 auf 233 Mk. pro Stunde am Ende 1922. Das ist eine Erhöhung um das 32fache, während die Teuerung um ein Vielfaches gestiegen ist. Dabei sind noch Arbeiterkategorien vorhanden, die noch unter dem Durchschnittslohn stehen. Aus diesen Gründen ist es wohl verständlich, daß die Arbeiterschaft ge[illegible] immer bockbeiniger werdende Unternehmertum mehr erbitt[illegible] wird. Gewiß hätte einige Male bei Lohnbewegungen mit dem Mittel des Streiks eingesetzt werden müssen, aber leider hat uns die schleichende Krise davon abgehalten. Den Unternehmern hätten wir eine Gefälligkeit getan und den Belegschaften wäre ein großer Nachteil erstanden. Erfreulicherweise konnten Versuche von unverantwortlichen Elementen zum Scheitern gebracht werden, die darauf hinausliefen, die radikalen Knüppelmanieren nach kommunistischem Muster einzuführen. Nichts wäre dem Unternehmertum willkommener gewesen, gerade hier in unseren ländlichen Gebieten Teile der freien Gewerkschaftsbewegung abzutrennen. An solchen Versuchen hat es nicht gefehlt; auch die Christlichen haben abermals Versuche unternommen, um wieder Fuß zu fassen. Aber immer ist es gelungen, alle Anstürme abzuwehren. — Im Berichtsjahr mußten fünf Streiks geführt werden: zwei in der Schiefertafelindustrie, zwei in der Ziegelindustrie und einer in der Pappenfabrik von Oskar Fröb in Wurzbach. — Die Papierindustrie hat sich wohl immer an die bezirklichen Lohnabmachungen gehalten bis auf die Firma Fröb (Wurzbach), während die Ziegeleibesitzer öfter versuchten (einige), die tariflichen Abschlüsse nicht anzuerkennen oder zu durchkreuzen; die Versuche wurden jedoch abgewiesen. Verschlechterungsversuche in der Lumpen- und Putzwollfabrikation, in der Papierverarbeitung, auch in Holzschleifereien sowie in der Kohlensäureerzeugung wurden vereitelt. — In 23 Betrieben wurden 87 Lohnbewegungen geführt. Davon entfallen 13 auf die Papier-, Pappen-, Holzstoff- und Zellulosefindustrie, 23 auf die Ziegelindustrie (da meistens in jeden Betrieb einzeln eingegriffen werden mußte), 11 auf die Schiefertafelindustrie, Kohlensäurewerk 13, Lumpen- und Putzwollefabrik 12, Sägewerk 9. — Zur Erledigung aller Arbeiten fanden statt: 53 Betriebsversammlungen, 37 Mitgliederversammlungen und Besprechungen, 84 Lohnverhandlungen, 5 Gerichtsverhandlungen, 20 Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen, 11 Vorstandssitzungen, 73 kleinere Besprechungen, 11 Konferenzen und sonstige Sitzungen, zwei Generalversammlungen, sechs Kassenrevisionen, vier Gausitzungen und eine Gaukonferenz. — Die Zahlstelle Ziegenrück schloß sich am 1. April an unsere Zahlstelle an. — Die Mitgliederzahl war am Ende des vorigen Jahres 1905, am Schlusse des Jahres 1922 2031. — Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 3 144 844,15 Mk. und eine Ausgabe von 1 160 508,75 Mk. Der Hauptkasse wurden 1 984 335,40 Mk. zugeführt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1 161 643,05 Mk. und eine Gesamtausgabe von 1 064 663,25 Mk.; sie hat einen Lokalbestand von 96 979,80 Mark und bei der Hauptkasse ein Guthaben von 105 318,85 Mk., so daß der eigentliche Bestand 202 298,65 Mk. beträgt. — An Unterstützungen wurden ausgezahlt: aus der Lokalkasse 23 338,50 Mark; aus der Hauptkasse wie folgt: für Kranke 88 486,15 Mk., für Arbeitslose 55 123 Mk., für Streiks 25 486 Mk., an Sterbe- und Notlagenunterstützung 17 447,50 Mk. Also eine Gesamtsumme von 209 981,15 Mk. — Beitragsmarken wurden im ganzen 98 293 Stück verkauft, das sind pro Mitglied 49,6.

Krefeld. (Aus dem Jahresbericht.) Im abgelaufenen Jahr hatten wir innerhalb unseres Zahlstellenbereiches folgende Lohngestaltung zu verzeichnen:

	Dezember 1921	Dezember 1922
Chemische Industrie	11,60 Mk.	375,— Mk.
Seifen-Industrie	9,50 „	374,— „
Margarine-Industrie . . .	11,75 „	385,— „
Öl-Industrie	11,50 „	389,40 „
Zucker- und Kaffee-Industrie	11,20 „	370,— „
Ziegel-Industrie	12,— „	400,— „
Zement-Industrie	9,— „	400,— „
Feuerfeste Industrie . . .	11,50 „	425,— „

Die vorgenannten Lohnsätze gelten pro Arbeitsstunde für den ungelernten Fabrikarbeiter. Hierzu werden in fast allen Industrien noch soziale Zulagen gewährt. Diese durchschnittlich 40fache Steigerung der Löhne im Laufe des Berichtsjahres entspricht in keiner Form der Steigerung der Lebenshaltungskosten, und wir sind auf diesem Gebiete auch den amtlichen Indexziffern nachgehinkt. Zur Erreichung dieser Lohnsätze haben allein in der chemischen Industrie 31 Verhandlungen und Bezirks-Schlichtungs-Ausschußsitzungen stattgefunden. Im Verlaufe des Jahres mußten wir bei insgesamt 117 Lohnverhandlungen und 17 Schlichtungs- und Tarifamtssitzungen die Interessen unserer Kollegen und Kolleginnen wahrnehmen. Die reaktionäre Willkür eines immer mehr erstarkenden Unternehmertums zwang uns, für unsere Mitglieder in 71 Fällen die Schlichtungsausschüsse zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Anspruch zu nehmen. Von diesen 71 Fällen wurden 66 im Sinne der Kläger entschieden und im Entlassungsfalle namhafte Entschädigungssummen erwirkt. Von 27 Klagen am Gewerbegericht waren wir in 23 Sieger, so daß auch hier unseren Mitgliedern weitgehender Erfolg beschieden war. In 9 Fällen haben wir durch Anfertigung von Schriftsätzen und Übernahme der Vertretung vor dem Amtsgericht unseren Kollegen gedient. In vier ordentlichen und zwei außerordentlichen Generalversammlungen und 13 Sitzungen der Ortsverwaltung wurden die geschäftlichen Angelegenheiten der Zahlstelle erledigt in Anpassung an unsere Statuten und in Anlehnung an die Beschlüsse des 14. ordentlichen Verbandstages. Über die tariflichen und sonstigen Angelegenheiten der einzelnen Sektionen und Belegschaften unserer Zahlstelle wurden in 172 Versammlungen die notwendigen Aussprachen zwischen Kollegen und Geschäftsleitung herbeigeführt. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre vom 1. Januar bis 1. Oktober vom Kollegen Busch, vom 1. Oktober bis Ende des Jahres mit Kollegen Fander, der in der außerordentlichen Generalversammlung im September 1922 zum Geschäftsführer gewählt wurde, gemeinsam geführt.

Stettin. (Aus dem Jahresbericht.) In der am Sonntag, dem 4. Februar 1923, folgenden Generalversammlung gab der Kollege Klünder den Jahresbericht. Im Laufe des vergangenen Jahres erstreckte sich die Tätigkeit der Verwaltung, soweit sie statistisch zu erfassen ist, auf: Generalversammlungen 5, Bezirksversammlungen 80, Betriebsversammlungen 500, Sitzungen der engeren Verwaltung 22, Sitzungen der erweiterten Verwaltung 2, Konferenzen, Erledigungen von Lohnfragen 80, Vertretungen vor dem Schlichtungsausschuß 202, Beisitzer beim Schlichtungsausschuß 80,

Verhandlungen mit den Arbeitgebern 920, Gesamtzahl der Lohnbewegungen 808, zusammen 2649 Veranstaltungen. Hierbei sind nicht mit eingerechnet Zentralschlichtungsausschußsitzungen, an welchen der Geschäftsführer als Beisitzer teilnahm. An den Lohnbewegungen waren beteiligt 8000 Kollegen und 2000 Kolleginnen. Der Gesamterfolg der Lohnbewegungen betrug im Jahre 1922 958 000 000 Mk., für den einzelnen Beteiligten eine Erhöhung von 63 857 Mk. Außer diesen Lohnbewegungen wurden wir in Mitleidenschaft gezogen bei Streiks anderer Organisationen mit 820 Kollegen und 56 Kolleginnen. Streiks wurden im vergangenen Jahre geführt in den Zementfabriken Züllchow und „Stern" und Finkenwalde mit 631 Kollegen und 56 Kolleginnen. Der Streik dauerte neun Wochen und endete mit vollem Erfolg. Die Ausgaben hierfür betrugen 673 199 Mk. Für den drei Wochen dauernden Streik in der Fischkonservenfabrik von R. Schanz, an dem 15 Kollegen und 60 Kolleginnen beteiligt waren, wurden 15 998 Mk. verausgabt. An dem Streik im Eisenwerk „Kraft" in Kratzwiek waren wir beteiligt mit 277 Kollegen und 8 Kolleginnen. Die Kosten betrugen 123 673 Mark. Die vierzehntägige Aussperrung auf dem „Vulkan", an der wir mit 550 Kollegen beteiligt waren, erforderte einen Kostenaufwand von 290 623 Mk. Ein in der Zuckersiederei ausgebrochener Streik wurde anfangs nicht finanziert, da die Belegschaft sich weigerte, satzungsgemäß eine Abstimmung vorzunehmen. Da die Belegschaft später diese Abstimmung nachholte, wurde die Unterstützung für die beteiligten 750 Kollegen und 160 Kolleginnen ausgezahlt. In der Stapelfaserfabrik in Sydowsaue traten die Spinner infolge Treibereien der Kommunisten in einen wilden Streik, der die gesamte Belegschaft in Mitleidenschaft zog. Ein Betriebsrat, welcher die Anordnungen des Betriebsleiters zu verhindern suchte, wurde entlassen und gegen den Einspruch der Organisation die Entlassung vom Schlichtungsausschuß bestätigt. In der Ölmühle Stahlberg kam es für einige Tage zur Arbeitsniederlegung. Den Grund hierzu gab die Einstellung von Baltikumern als Wächter und Portiers im Betrieb. Das Auftreten dieser Leute führte bald zu allerhand Ärgernissen, und da sich die Belegschaft dagegen zu wehren versuchte, wurde sie kurzerhand vom Betriebsleiter ausgesperrt. Die Belegschaft nahm den Kampf auf, und nach wenigen Tagen wurden die Baltikumer entlassen und der Betrieb wieder in vollem Umfange aufgenommen. Außerdem hatten wir allerlei Differenzen in der Ölmühle Züllchow, die sich aus verschiedenen Streiks der hiesigen Hafenarbeiter ergaben und zu einer Regelung drängten. Diese Regelung wurde darin gefunden, daß die Entladung der für die Züllchower Ölmühle bestimmten Schiffe mit Ölsamen in Zukunft von der Belegschaft selbst ausgeführt wird. Den Kassenbericht erstattete der Kollege Bülow. Die Jahresabrechnung der Hauptkasse für 1922 bilanziert mit 11 332 451,30 Mk.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung

betragen vom 12. Februar 1923 an:

	in den Orten der Ortsklassen A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	1500	1400	1300	1200 M
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	1300	1200	1100	1000 M
c) unter 21 Jahren	900	850	800	750 M
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	1300	1200	1100	1000 M
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	1100	1050	1000	950 M
c) unter 21 Jahren	800	750	700	650 M
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	700	650	600	550 M
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	600	550	500	450 M

Rundschau.

Barbaren.

So nannte man zu Anfang des letzten Weltkrieges die Deutschen. Der Ruf ging von Frankreich aus, wie überhaupt die französische Presse unermüdlich war in der Erfindung von beleidigenden Beschimpfungen. Was sich heute im Ruhrrevier abspielt, d. h. was der französische Militarismus sich leistet, ist schlimmste Barbarei. Darin unterscheiden wir uns von der kriegerischen Hetzpresse, daß wir nicht das französische Volk, sondern seinen Militarismus, das ausführende Organ des Kapitalismus, als das Überbleibsel der Barbarei bezeichnen. Der Militarismus erzieht die Menschen zu Dieben, zu Einbrechern, zu Räubern und zu Mördern. Das ist der Offiziere Lebensberuf und der Soldaten zwangsweise ausgeübtes Handwerk. Ein großer Teil des französischen Volkes ist durch die Länge der Kriegsdauer — über 1918 hinaus — ungemein mehr und nachhaltiger demoralisiert, als das deutsche Volk es war. Ob dieses Volk wieder erfolgreich zu friedlicher Arbeit taugt, muß die Zukunft lehren.

Auch in Deutschland sind die ehemals beruflichen Schlachtermeister des Militarismus eifrig am Werke, ihr Geschäft wieder aufzumachen. Das könnten sie natürlich nur, wenn das deutsche Volk und in erster Linie die deutsche Arbeiterklasse dumm genug wäre, sich abermals zur Schlachtbank führen zu lassen. Die deutschen und französischen Proleten dürften sich dann zur höheren Ehre des Kapitalismus und seiner Berufsheiden gegenseitig abmetzeln. Die Arbeiterschaft wird sich aber nicht dazu hergeben, die Barbarei zu verewigen, sie wird vielmehr mit der ihr eigenen Waffe dem Gegner schwere Stöße versetzen. Den französischen Militarismus können wir weder mit dem Maul noch mit Flinte und Säbel niederkämpfen. Wir müssen ihn bezwingen moralisch und wirtschaftlich. Selbst wenn bei diesem Ringen mit sehr ungleichen Waffen der französische Militarismus noch einmal siegen würde, er hätte auf die Dauer doch verspielt. Frankreich würde innerlich nie mehr Ruhe bekommen. Das Ruhrgebiet würde der Teufel im Leibe Frankreichs sein.

Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets, unterstützt von der Bevölkerung Deutschlands, wird kämpfen seinen eigenen Kampf. Es ist nur zu befürchten, daß die deutschen Wucherer, voran die deutschen Großbauern, den Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Brüder führen. Dem Gegner Vorschub leisten auch die faschistischen Reichsfeinde, unter deren indirekter Mithilfe der französische Militarismus hofft zu triumphieren unter der Parole „Teile und herrsche".

Uebersichtstabelle über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Monat Januar 1923.

Gau	Zahlstellen insgesamt	Zahlstellen davon haben berichtet	Zahl der Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats männl.	weibl.	zus.	Zahl der Mitglieder über die berichtet wurde männl.	weibl.	zus.	Arbeitslose Mitglieder am letzten Arbeitstage der letzten Woche des Monats (unterstützte und nicht unterstützte) am Orte und auf der Reise männl.	weibl.	zus.	Gesamtzahl der von Kurzarbeit betroffenen Betriebe	Arbeiter männl.	weibl.	zus.
1	43	34	46 659	20 086	66 745	42 040	18 865	60 905	977	947	1924	27	7109	2691	9800
2	64	42	47 924	13 410	61 334	42 908	12 210	55 118	840	600	1440	57	3474	2672	6086
3	45	32	39 535	17 421	56 956	36 668	16 788	53 456	1755	2280	4035	178	4564	3356	7920
4	78	53	26 676	7 229	33 905	23 852	6 305	30 157	1444	352	1796	38	1060	781	1841
5	9	7	10 879	2 521	13 400	10 308	2 421	12 724	760	89	849	3	93	13	106
6	18	14	43 195	15 067	58 262	38 636	13 079	51 715	951	412	1363	223	1031	661	1692
7	36	32	62 129	36 960	99 089	60 157	35 756	95 913	1311	1589	2900	94	2827	2001	4828
8	45	33	33 426	12 419	45 845	30 009	11 460	41 496	646	341	987	36	1606	1085	2691
9	28	17	17 568	7 996	25 564	15 395	6 969	22 364	1204	760	1964	25	906	1504	2410
10	32	22	15 509	7 916	23 425	13 049	7 375	20 424	786	518	1304	17	931	500	1431
11	38	24	24 083	10 221	34 304	18 471	7 033	25 504	510	532	1042	32	2241	1734	3975
12	18	13	26 006	7 824	33 830	25 026	7 732	32 758	383	334	717	27	3023	2111	5134
13	15	12	39 176	15 009	54 185	30 499	11 670	42 169	657	588	1245	39	2285	2078	4363
14	15	9	21 655	8 842	30 497	14 911	7 026	21 937	1198	228	1426	70	1908	216	2124
15	43	29	45 078	20 252	65 330	41 520	19 763	61 283	1622	1578	3200	101	2205	1350	3555
16	14	11	16 344	5 180	21 524	12 669	4 0 3	16 732	529	609	1138	20	781	1223	2004
Januar ..	541	381	515 842	208 353	724 195	456 113	188 515	644 628	15573	11757	27330	987	36044	23916	59960
Dezember .	562	415	527 616	212 323	739 939	460 574	193 741	654 315	8906	7080	15986	732	20613	17078	37691

Der 3. Band des Brockhaus' Konversationslexikon wird in kurzer Zeit erscheinen. Es ist dem Verlag gelungen, die Herstellung des vorletzten Bandes so zu fördern, daß der Druck nahezu beendet ist und die hohe Auflage sich größtenteils beim Buchbinder befindet. Der dritte Band wird bereits im März dieses Jahres herauskommen. Auch für den Schlußband sind die Vorarbeiten so weit gediehen, daß der Verlag bestimmt erwartet, das ganze Unternehmen noch in diesem Jahre zu Ende führen zu können.

Die Erleichterung der Lohnsteuer.

In einer Besprechung von Vertretern des ADGB. und Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichsfinanzminister hat sich dieser zu einer Änderung des bisher bestehenden Einkommensteuergesetzes bereit erklärt und eine entsprechende Vorlage angekündigt. Der an den Steuerausschuß gelangte Entwurf sah eine Erhöhung der Abzüge um das Dreifache vor. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde in den Verhandlungen darauf hingewiesen, daß diese Erhöhung des Steuerabzuges der Geldentwertung nicht Rechnung trägt. Sie beantragte, den Steuerabzug nach Maßgabe des § 46 auf das Vierfache zu erhöhen. Die Mehrheit des Ausschusses schloß sich diesem Antrage an, nicht ohne daß von demokratischer und deutschnationaler Seite der Versuch gemacht wurde, die steuerfreien Arbeitstage im Februar zu beseitigen.

Nach den vom Steuerausschuß des Reichstags am 14. Februar gefaßten Beschlüssen sind die Gehalts- und Lohnempfänger an sechs vollen Arbeitstagen im Februar von Steuerabzügen befreit. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, in Fällen, in denen es zur Angleichung an eine Lohnzahlungsperiode erforderlich ist, den Zeitraum anderweitig zu bestimmen. Die Abzüge von der Lohnsteuer sind ab 1. März 1923 wie folgt festgesetzt:

Bei Monatseinkommen:		Bei wöchentlicher Lohnzahlung:	
Für den Ehemann	800 Mk.	Für den Ehemann	192 Mk.
Für die Ehefrau	800 „	Für die Ehefrau	192 „
Für jedes Kind	4000 „	Für jedes Kind	960 „
Werbungskosten	4000 „	Werbungskosten	960 „

Die Neuregelung hat bei einem Arbeiter, der verheiratete ist, zwei Kinder und ein wöchentliches Einkommen von 50 000 Mk. hat, folgende Wirkung:

Wochenlohn	50000 Mk.
10 Prozent Steuer	5000 „
Von der Steuer kommen in Abzug	3264 Mk.
Es sind also zu zahlen	1736 „ an Steuern.

Dies bedeutet gegenüber der bisherigen Steuerleistung aus dem gleichen Einkommen (3384 Mk.) eine Erleichterung um mehr als 2000 Mk. Die vom Steuerausschuß beschlossene Änderung des § 46 des Einkommensteuergesetzes macht den Versuch, die Steuerabzüge der Geldentwertung wenigstens einigermaßen anzupassen und Steuerunrecht bei den Lohn- und Gehaltsempfängern abzumildern.

Literarisches.

Der Fascismus in Deutschland. Nationalsozialistische Fascisten haben mit dem Ruf: „Nieder mit den Novemberverbrechern!" einen Pogrom gegen die führenden Männer des demokratisch-sozialistischen Deutschlands angekündigt, nationalsozialistische Fascisten suchen zugleich die wirtschaftlich kämpfenden Massen zu abenteuerlich-gewalttätigen, die Einheit Deutschlands bedrohenden Ausschreitungen gegen die französischen Gewaltpolitiker aufzureizen. Sie sind eine ernsthafte Gefahr für die Republik und die Einheit Deutschlands geworden. Diese Gefahr ist noch nicht in ihrer ganzen Größe erkannt worden. Deshalb gibt die Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW 68, die Schrift: „Der Fascismus in Deutschland" von Paul Kampffmeyer heraus, um alle aufrechten Demokraten über die staatszersetzende Tätigkeit, über die blutige Verbrechertaktik und die gemeine Käuflichkeit faschistischer Geheimbünde aufzuklären.

Verbandsnachrichten.

Der Schwindler Werner-Mehrmann.

Das beim Putsch in Ludwigshafen hervorragend tätig gewesene Mitglied der Kommunistischen Partei Otto Werner hat sich gelegentlich des Putsches das Mitgliedsbuch unseres Kollegen Mehrmann angeeignet, um sich damit Geldunterstützung zu erschwindeln. Werner wußte sich auch einen Briefbogen mit dem Stempel des Kriegsfürsorgeamts Ludwigshafen zu verschaffen, auf welchen dann vermutlich später eine Empfehlung ausgefertigt worden ist, wonach er von den Franzosen ausgewiesen worden sei. Auf Grund dieser Ausweise hat sich Werner beim Frankfurter Gewerkschaftskartell 10 000 Mk. erschwindelt. Außerdem erhielt Werner vom „Roten Kreuz" in Frankfurt a. M. noch eine Freifahrkarte nach seinem Heimatort Breslau.

Die Zahlstelle Frankfurt a. M. hat dem Werner das Mitgliedsbuch abgenommen, weil dasselbe nicht in Ordnung war, hat ihm dafür aber eine Bescheinigung erteilt, mit der er nun versuchen wird, Geld zu erlangen.

Wir ersuchen alle Zahlstellenleitungen, bei denen sich Otto Werner meldet und das Schriftstück der Zahlstelle Frankfurt a. M. vorzeigt, dasselbe abzunehmen und Werner sofort der Polizei zu übergeben.

Werner ist 27 Jahre alt, 1,62 Meter groß, hat schwarzes Haar, länglich gebogene Nase, dunkelbraune Augen, kurz geschnittenen Schnurrbart. Sein Aussehen entspricht dem, was man sich gewöhnlich unter jüdischem Typ vorstellt.

Ausgeschlossen

wurde das Mitglied Franz Wegener, Buch-Nr. 381 722, von der Zahlstelle Berlin auf Grund des § 14 Absatz 3a.

„Proletarier", „Korrespondenzblatt", gebunden.

Der auf besserem Papier gedruckte Jahrgang 1922 des „Proletariers" kann gebunden zum Preise von 10 000 Mk. vom Hauptvorstand bezogen werden. Desgleichen liefert der Hauptvorstand das „Korrespondenzblatt", gebunden, zum Preise von 7000 Mk. Die gelieferten Exemplare der beiden genannten Zeitschriften sind sofort nach Empfang zu bezahlen, anderenfalls die Empfänger mit einer Preiserhöhung rechnen müssen.

Von Donnerstag, den 15. Februar, an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Gau 1. Bielefeld 2010,—. Vissel-Hövede 58 367,—. Walsrode 200 000,—. Lehrte 174 000,—. Nörten 100 000,—. Celle 200 000,—.

Gau 2. Magdeburg 18 600,— und 1 000 000,—. Elbingerode 11 000,—. Neuhaldensleben 40 000,—. Annaburg 120 000,—. Oschersleben 100 000,—. Harzgerode 100 000,—. Bernburg 10 400,—. Salzwedel 400 000,—. Ummendorf 140 000,— und 60 000,—. Burg 100 000,—. Aken 490 000,—. Schönebeck 3000,—. Tangermünde 300 000,—. Klötze 35 000,—. Halle 150 000,—. Thale 100 000,—. Blankenburg 40 000,—. Egeln 750 000,—.

Gau 3. Guben 425 644,—. Frankfurt 350 000,—. Ziebingen 150,—.

Gau 4. Bützow 200 000,—. Friedland 176 339,—. Grevesmühlen 40 000,—. Loitz 220 000,—. Wolgast 90 000,—. Woldegk 50 000,—. Swinemünde 100 000,—. Stralsund 444 528,—. Greifenhagen 160 000,—. Löcknitz 80 000,—. Stolp 500 000,—. Lauenburg 381 073,—. Güstrow 50 000,—. Strelitz 30 000,—. Stettin 2 000 000,—.

Gau 5. Rastenburg 1800,—. Insterburg 170,—. Königsberg 5250,— und 300 000,— und 500 612,— und 98 000,—.

Gau 6. Liegnitz 200 000,— und 125 000,— und 50 000,—. Kosel 210 000,—. Muskau 500 000,—. Glogau 250 000,—. Saarau 1 017 566,—.

Gau 7. Strehla 260 000,—. Wurzen 180 000,—. Meißen 77 000,— und 1 000 000,— und 2 000 000,—. Oschatz 300 000,—. Geithain 150 000,—. Heidenau 2 000 000,—. Freital 1 000 000,—. Schkeuditz 200 000,—. Döbeln 1 000 000,—. Sebnitz 1 000 000,—. Dresden 10 400,—.

Gau 8. Naumburg 300 000,— und 150 000,— und 2400,—. Eisenach 65 000,—. Rastenberg 45 000,—. Wolkramshausen 300 000,—. Ohrdruf 200 000,—. Lützen 160 000,—. Artern 400 000,—. Eckardtshausen 17 787,—. Blankenberg 240 000,—. Greiz 300 000,—. Gotha 200 000,—. Jena 80 000,—.

Gau 9. Rothenburg 250 000,—. Aschaffenburg 2100,— und 1 000 000,—. Nürnberg 1 000 000,— und 1 500 000,—. Schnaitenbach 100 000,—.

Gau 10. Rosenheim 2719,—. Freising 200 000,—. Trostberg 145,—. Malgersdorf 40 000,—. Marienstein 6353,—.

Gau 11. Eßlingen 400 000,—. Kandern 100 000,—. Waldshut 350 000,—. Karlsruhe 1 400 000,—. Reutlingen 556 306,— und 800,—. Heilbronn 18 200,— und 3 000 000,—.

Gau 12. Eisenberg 400 000,—. Mannheim 40,— und 2 600 000,—.

Gau 13. Darmstadt 3400,— und 250 000,—. Bürstadt 300 000,—. Höchst 3200,— und 1 000 000,—. Worms 1 000 000,—.

Gau 14. Neuß 300 000,— und 21 350,—. Gummersbach 975,—. Krefeld 200 000,—. Bendorf 600 000,—.

Gau 15. Geesthacht 830 000,—. Quickborn 80 000,—. Friedrichstadt 30 000,—. Büchen 50 000,—. Hemmoor 100 000,—. Bremen 2000,—. Boizenburg 500 000,—. Itzehoe 1 000 000,—. Delmenhorst 4350,—. Oldenburg 37 700,— und 60 022,50. Harburg 313 298,—. Hademarsch 3102,—. Oldesloe 80 000,—. Flensburg 800,—.

Gau 16. Emmerich 200 000,—. Düsseldorf 560,—.

Schluß: Mittwoch, den 21. Februar 1923.

C. Rößler, Kassierer.

Die Zahlstelle Aue im Erzgebirge

sucht für spätestens 1. April 1923 einen tüchtigen, in der gewerkschaftlichen Buchführung erfahrenen

Kassierer (2. Bevollmächtigten).

Bewerber müssen mindestens fünf Jahre freigewerkschaftlich organisiert sein und in der Geschichte der Arbeiterbewegung sowie auf dem Gebiete des Arbeiter- und Arbeitsrechtes genügende Schulung haben. Rednerische Fähigkeiten, Organisations- und Dispositionstalent, gutes Deutsch in Wort und Schrift sind erforderlich. Die endgültige Anstellung erfolgt nach einvierteljähriger Probetätigkeit. Selbstgeschriebene Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie eine schriftliche Arbeit über das Thema: „Wie sind die Kassengeschäfte einer Zahlstelle am vorteilhaftesten zu führen?" sind bis zum 18. März 1923 unter der Aufschrift „Bewerbung" einzureichen an den Kollegen Ernst Bär, Niederschlema i. Erzgeb., 60qu. [1800 M]

Tüchtiger, erfahrener Tapetendrucker

von einer Luxuspapierfabrik in Süddeutschland zum sofortigen Eintritt gesucht.

Gefl. Angebote unter Nr. 204 an die Expedition des „Proletariers" erbeten.